

ANSCHRIFT

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herr Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Bundesminister der Finanzen
Herr Christian Lindner
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

– Vorab per E-Mail –

Berlin, den 26.05.2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,

die Diskussionen zum Bundeshaushalt 2024 sind dieses Jahr besonders angespannt, die Ressourcen knapp. **Wir, im Verbund von 11 Zivilgesellschaftsorganisationen setzen uns dafür ein, dass die Mittel für Official Development Assistance (ODA) in den Haushaltsverhandlungen nicht gekürzt werden.**

Wir stehen vor einer bitteren Zwischenbilanz. 2015 hat sich die globale Gemeinschaft große Ziele gesetzt: Bis zum Jahr 2030 sollten signifikante Fortschritte bei der weltweiten Bekämpfung von Armut, Hunger, Krankheit und Not erzielt werden. Nun, **weniger als 7 Jahre von diesem Datum entfernt, ist die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG's) ferner denn je.** Ohnehin stockende Fortschritte haben sich durch die COVID-19 Pandemie, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und klimabedingte Katastrophen weiter verlangsamt. Krisen verschärfen sich, die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen ausreichenden Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten, die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet in alarmierendem Umfang voran, die Welt steckt in der größten Bildungskrise seit 100 Jahren und wirtschaftliche Schocks katalysieren soziale Ungleichheit. Hält der aktuelle Trend an, werden bis 2030 immer noch rund 575 Millionen Menschen, also etwa 7% der Weltbevölkerung, in extremer Armut leben. Das stellt einen Rückgang von weniger als 30% seit 2015 dar. Die Zahl der von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen in der Welt wird so groß sein wie zuletzt 2005. Zudem schließt sich das Zeitfenster, um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern und Klimagerechtigkeit zu gewährleisten. Globale Temperaturen sind bereits auf 1,1 Grad angestiegen und Treibhausgasemissionen haben einen Rekordwert erreicht. Der Mangel an deutlichen Fortschritten bei den SDG's betrifft uns alle. Aber die Menschen in den Ländern des globalen Südens tragen die Hauptlast.

Die Rolle Deutschlands als zweitgrößter humanitärer und entwicklungspolitischer Geber ist zentral. **Kürzungen des Budgets bedeuten das Zunichtemachen jahrelang hart erkämpfter Fortschritte.** Kürzungen bedrohen auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands. Dass "der Westen" in vielen Regionen der Welt ambivalent wahrgenommen wird und wie dies auch Deutschlands Chancen mindert, Zustimmung zu internationaler Zusammenarbeit zu gewinnen, zeigen nicht nur die Abstimmungen in der UN-Generalversammlung zum russischen Angriffskrieg in

der Ukraine. Mit großer Sorge betrachten wir daher die Diskussionen zum Bundeshaushalt 2024 und die Finanzplanung für die kommenden Jahre für die ODA-relevanten Ausgaben der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen aufzuwenden und muss auch in den kommenden Jahren diesem Versprechen nachkommen.

Als Teil einer globalen Gemeinschaft haben wir darüber hinaus eine Verantwortung gegenüber den Menschen auf der ganzen Welt. Wir müssen uns dafür engagieren, Lebensbedingungen zu verbessern, Armut, Hunger und Ungleichheit zu bekämpfen, Frieden und Stabilität zu schaffen und die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Dies ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch im Interesse einer Politik für eine nachhaltige und stabile Welt. Um globale Sicherheit und eine stabile internationale Wirtschaft zu gewährleisten, sind Investitionen in den Kampf gegen Armut und Ungleichheit unverzichtbar. Globale Sicherheit wird nicht allein durch militärische Sicherheit erreicht. **Entwicklungszusammenarbeit leistet einen unerlässlichen Beitrag in der Konfliktprävention und Friedensförderung durch Investitionen in Bildung, Armutsbekämpfung, die institutionelle Stärkung von demokratischen Strukturen und Wirtschaftsentwicklung. Deutschland muss hier ein glaubwürdiger und verlässlicher Akteur bleiben!** Dafür müssen bereits gemachte Unterstützungsversprechen haushaltspolitisch abgesichert werden.

Wir fordern eine strategische und langfristige Politik für die Stärkung des humanitären Systems, eine nachhaltige Entwicklung und starke Wirtschaftspartnerschaften. Vor diesem Hintergrund appellieren wir nachdrücklich an Sie, die Etats für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die ODA-relevanten Ausgaben des Auswärtigen Amtes angesichts der weltweiten Herausforderungen nicht zu kürzen.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Westphal

Vorstandsvorsitzender Save the Children Deutschland e.V., im Namen der zeichnenden Organisationen

